

N i e d e r s c h r i f t

über die 22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses - Etatberatungen - der Stadt
Monheim am Rhein vom 04.12.2013

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 21:19 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Herr Peter Werner

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang

Vertretung für Frau Janne Koch
ab 19:00 Uhr
Vertretung für Herrn Karsten Köchling
bis 18:15 Uhr

Frau Lisa Pientak
Herr Lucas Risse

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand

Vertretung für Herrn Benjamin Daniel Kenzler
ab 16:35 Uhr

Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut

Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber
ab 19:31 Uhr

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber
bis 19:31 Uhr

parteilos

Frau Lilo Friedrich

bis 18:59 Uhr

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Oliver Brügge
Frau Estelle Dageroth
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Manfred Hein
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Frau Sabine Noll
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Herr Frank Hüser
Herr Udo Jürkenbeck

zu TOP ö 8 und ö 9
zu TOP nö 6

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Janne Koch

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Daniel Kenzler

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

TAGESORDNUNG

I. **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Satzung zur 5. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" VIII/1380

5.	Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein	VIII/1397
6.	Satzung zur 5. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“	VIII/1381
7.	Dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von Planungs- und Baukosten bei der Maßnahme „Kanalauswechslung Krischerstraße“	VIII/1393
8.	Jahresabschlüsse der Städtischen Betriebe SBM 2011 und 2012 - Entlastung des Betriebsleiters	VIII/1352
9.	Jahresabschlüsse der Städtischen Betriebe SBM 2011 und 2012 - Feststellung der Abschlüsse	VIII/1353
10.	Feuer- und Rettungswache -Langfristige Sicherung der räumlichen Ressourcen auf Grundlage des Brandschutzbedarfsplans vom 04.07.2012-	VIII/1379
11.	Räumliche Versorgung der auslaufenden Schulformen in der Sekundarstufe I	VIII/1370
12.	Benutzungs- und Entgeltordnung der Bibliothek Monheim am Rhein	VIII/1387
13.	Geänderte Satzung und Entgeltordnung für das Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein	VIII/1389/1
14.	Teilnahme von Asylbewerbern an Integrationskursen der Volkshochschule	VIII/1430
15.	Beitragsfreiheit für die Betreuung von Kindern in der Kindertagespflege, in Kindertagesstätten und in der Offenen Ganztagschule zum 1.1.2014	VIII/1367
16.	Absenkung des Beitrages für die Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und in der Offenen Ganztagschule	VIII/1369
17.	Pauschale Förderung des Vereins Sag's e.V. Langenfeld	VIII/1368
18.	Satzung zur 2. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein	VIII/1420
19.	Anlagerichtlinie Stadt Monheim am Rhein	VIII/1421
20.	Novellierung des ÖPNVG NRW - Neuverteilung der ÖPNV-Pauschale	VIII/1404
21.	Fairtrade Town Monheim am Rhein	VIII/1428
22.	Konzept zur Altstadtaktivierung	VIII/1434

23. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 VIII/1396
24. Mündliche Mitteilungen
- 24.1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung
25. Mündliche Anfragen

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 02.10.2013 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner erneut unterbrochen werde.

4 Satzung zur 5. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: VIII/1380

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 5. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

5 **Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: VIII/1397

Beschlussempfehlung

Die „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

6 **Satzung zur 5. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“**
Vorlage: VIII/1381

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 5. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

7 **Dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von Planungs- und Baukosten bei der Maßnahme „Kanalauswechslung Krischerstraße“**
Vorlage: VIII/1393

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt die am 25.10.2013 vom Bürgermeister und dem Ratsmitglied Markus Gronauer (CDU) getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von 1.051.000,-- Euro für die Planungs- und Baukosten bei der Investitionsmaßnahme I6005.036 „Kanalauswechslung Krischerstraße“.

einstimmig zugestimmt

8 **Jahresabschlüsse der Städtischen Betriebe SBM 2011 und 2012 - Entlastung des Betriebsleiters**
Vorlage: VIII/1352

Beschlussempfehlung

Der Betriebsleitung wird gemäß § 5 Absatz 5 Satz 2 der Eigenbetriebsverordnung die Entlastung für Jahre 2011 und 2012 erteilt.

einstimmig zugestimmt

9 Jahresabschlüsse der Städtischen Betriebe SBM 2011 und 2012 - Feststellung der Abschlüsse
Vorlage: VIII/1353

Beschlussempfehlung

1. Die Jahresabschlüsse der Städtischen Betriebe (SBM) zum 31.12.2011 und 31.12.2012 werden festgestellt.
2. Die Jahresüberdeckung aus 2011 in Höhe von 20.113,69,- € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Die Jahresunterdeckung aus 2012 Höhe von 8.219,97,- € wird der Allgemeinen Rücklage entnommen.
4. Dem die Aufgaben des Betriebsausschusses wahrnehmenden Haupt- und Finanzausschuss wird gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Entlastung erteilt.

einstimmig zugestimmt

10 Feuer- und Rettungswache
-Langfristige Sicherung der räumlichen Ressourcen auf Grundlage des Brandschutzbedarfsplans vom 04.07.2012-
Vorlage: VIII/1379

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt, dass der jetzige Standort inzwischen als ideal angesehen werde und das Vorhaben entsprechend unterstützt würde. Eine Ergänzung wäre jedoch notwendig. Es gebe derzeit kein Übungsgelände. Hierfür sei eine Fläche im Stadtgebiet zu sichern.

Der Bürgermeister sichert zu, dass nach einem entsprechenden Grundstück gesucht würde und die Verwaltung zeitnah über das Ergebnis der Prüfung berichten werde.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion macht deutlich, dass sie den Beschluss nicht unterstützen werde, da ein Neubau zu favorisieren sei. Der jetzige Standort lasse keine weitere Expansion zu und es sei zu befürchten, dass der Betrieb der Feuerwehr während der Baumaßnahmen Einschränkungen erfahren werde.

Ein Neubau sei unter anderem aus Sicherheitsgründen vorzuziehen, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion äußert ihre Zustimmung zu dem Umbau. Hier sei auch zu berücksichtigen, dass aus städtebaulicher Sicht eine Verbesserung zu erwarten sei.

Der Sprecher der Fraktion Peto stimmt den Ausführungen der SPD-Fraktion zu, betont aber ebenfalls, dass noch ein Übungsgelände zu finden sei.

Bei dem jetzigen Standort handele es sich nicht um eine Kompromisslösung,

führt der Bürgermeister aus. Es gebe gegenüber einem Neubau keine Nachteile. Auch das Raumkonzept sei sehr großzügig und stelle Räumlichkeiten zur Verfügung, die 2 1/2 Mal so groß seien, wie die bisherigen Räume. Auch aus Sicht der Feuerwehr werde diese Variante bevorzugt. Einschränkungen hinsichtlich des laufenden Betriebes seien nicht zu befürchten.

Beschlussempfehlung

1. Der Standort der Feuer- -und Rettungswache an der Paul-Lincke-Straße soll dauerhaft als Hauptstandort erhalten bleiben.
2. Zur Schaffung der Voraussetzungen hierfür soll das nebenliegende Garagengrundstück angekauft werden.
3. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung und Umbau der Feuer- und Rettungswache auf dem dann entstehenden größeren Grundstück sind zu schaffen.
4. Auf Grundlage des Berichts der pbs architekten und dem zugrunde liegenden Raumprogramm soll zunächst ein Projektteam zusammengestellt werden, die Vorplanung erstellt und anschließend den Ratsgremien zur weiteren Beratung vorgelegt werden.
5. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 18,0 Mio. € für die Baumaßnahmen und weiteren 0,5 Mio. € für den Grunderwerb werden entsprechend des Haushaltsentwurfs 2014 im Finanzplan B – Bereich 71 bereit gestellt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 13 Nein 6 (dagegen: 5 CDU, 1 FDP)

11 Räumliche Versorgung der auslaufenden Schulformen in der Sekundarstufe I

Vorlage: VIII/1370

Beschlussempfehlung

Die Lise-Meitner-Realschule wird ab dem Schuljahr 2014/2015 den Schulbetrieb an der Erich-Klausener-Straße fortführen.

einstimmig zugestimmt

12 Benutzungs- und Entgeltordnung der Bibliothek Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/1387

Beschlussempfehlung

Die Benutzungs- und Entgeltordnung der Bibliothek Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

13 Geänderte Satzung und Entgeltordnung für das Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/1389/1

Beschlussempfehlung

- 1.) Die Satzung für das Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein wird in

der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses

- 2.) Die Entgeltordnung für das Ulla-Hahn-Haus der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 2 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**14 Teilnahme von Asylbewerbern an Integrationskursen der Volkshochschule
Vorlage: VIII/1430**

Protokoll:

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob Asylbewerber nicht verpflichtend nach der Einreise nach Deutschland an einem Integrationskurs teilnehmen müssten.

Die Verwaltung erklärt, dass die Teilnahme freiwillig sei, wird diesen Sachverhalt aber nochmals prüfen.

Beschlussempfehlung

Für das Haushaltsjahr 2014 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 24.000 Euro für die Teilnahme von Asylbewerbern an Integrationskursen der Volkshochschule bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

**15 Beitragsfreiheit für die Betreuung von Kindern in der Kindertagespflege, in Kindertagesstätten und in der Offenen Ganztagschule zum 1.1.2014
Vorlage: VIII/1367**

Protokoll:

Die Beitragsbefreiung im Kindergartenbereich sei zu begrüßen. Hinsichtlich des offenen Ganztages bestehen Bedenken seitens der FDP-Fraktion, erläutert deren Sprecherin. Hintergrund sei, dass eine einkommensgerechte Beitragsstruktur anzustreben sei und nicht eine vollständige Befreiung. Es sei so zu befürchten, dass eine Vielzahl von Anmeldungen und erhebliche Folgekosten auf die Stadt Monheim am Rhein zukommen würden. Daher sei seitens der Verwaltung zunächst zu prüfen, welche Folgekosten zu erwarten seien. Hierbei seien ggf. notwendige Umbaumaßnahmen und Personalkosten einzubeziehen. Aufgrund der vorgetragenen Bedenken hinsichtlich des Offenen Ganztages bittet die Sprecherin der FDP-Fraktion um getrennte Abstimmung der Beitragsbefreiung für den Offenen Ganztage.

Diese Befürchtungen seien unbegründet erklärt die Verwaltung, da weiterhin die Aufnahmekriterien bestehen bleiben würden. Die 35- bzw. 45-Stundenbetreuung bleibe weiterhin berufstätigen Eltern, berufstätigen Alleinerziehenden und besonderen Einzelfällen vorbehalten. Bislang sei das Anmeldeverfahren zwar noch nicht abgeschlossen, aber es zeichne sich noch keine erhöhte Nachfrage ab. Die Ausbauplanung in räumlicher Hinsicht sei bereits beschlossen.

Diese Maßnahmen seien ein Meilenstein bei der Entwicklung der Stadt Monheim

am Rhein zur kinder- und familienfreundlichen Stadt, so die Sprecherin der Fraktion Peto. Die vorgetragenen Bedenken würden nicht geteilt und sie betont, dass der offene Ganzttag kein Betreuungs- sondern ein Bildungsangebot sei und es sehr zu begrüßen sei, dass hier die bestehende Zugangsschwelle abgebaut werden könne.

Die Sprecher der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen sprechen ihre Zustimmung zu der geplanten Beitragsfreiheit aus.

Der Bürgermeister bezieht sich auf den Wunsch der getrennten Abstimmung der FDP-Fraktion. Da es sich um eine Satzung handele, die sowohl die Kindergärten als auch den Offenen Ganzttag im Grundschulbereich umfasse, sei eine getrennte Abstimmung nicht möglich.

Beschlussempfehlung

1. Die "Satzung zur Aufhebung elternbeitragsrechtlicher und entgeltrechtlicher Bestimmungen" wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Teilnahme am offenen Ganzttag (außerunterrichtliche Angebote) der städtischen Grundschulen vom 06.06.2007“ wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Ja 18 Enthaltung 1 (enthalten: 1 FDP)

16

Absenkung des Beitrages für die Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und in der Offenen Ganzttagsschule Vorlage: VIII/1369

Protokoll:

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Angabe, ob hier auch Personalkosten für die Küchenkräfte inbegriffen seien.

Der Bürgermeister führt aus, dass hier eine Unterscheidung zwischen Kindertagesstätten und dem Offenen Ganzttag zu erfolgen habe. Im Offenen Ganzttag sei es so, dass ohnehin eine Budgetverbesserung von 45 € auf 55 € pro Kind vorliege. Das Problem hinsichtlich der Küchenkräfte sei im Jugendhilfeausschuss in Bezug auf die Kindertagesstätten diskutiert worden. Hier gebe es einen Träger, der das Essen selber und frisch zubereite und demnach Personalkosten entstehen würden. Diese würden bei den Trägern, die sich durch einen Caterer beliefern lassen würden nicht anfallen bzw. als Sachkosten über die Rechnungen des Caterers in Erscheinung treten. Dieser Problematik werde man mit einer Öffnungsklausel begegnen, die es Trägern, die das Essen selber zubereiten, möglich mache, die Personalkosten in die Abrechnung mit aufzunehmen. Im Jahr 2014 werde eine Änderung des KibiZ erwartet, wonach diese Problematik voraussichtlich entfallen werde.

Beschlussempfehlung

1. Die Elternbeiträge für die Essensversorgung in Kindertagesstätten und in Offenen Ganzttagsschulen sollen in Monheim am Rhein einheitlich 30 € pro Kind und Monat betragen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Träger von Kindertagesstätten im Sinne des Beschlusses zu Nr. 1 einzuwirken und mit diesen entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.
3. Sofern die Träger von Kindertagesstätten einen Betrag für die Essensversorgung von 30 € pro Kind und Monat erheben, so erhalten sie von der Stadt einen Zuschuss in Höhe von bis zu 25 € pro Kind und Monat.
4. Die Änderung der „Entgeltordnung der Stadt Monheim am Rhein über die Teilnahme an der Schulverpflegung der offenen Ganztagschulen“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Trägern der Offenen Ganztagschulen bestehende Vereinbarungen dahingehend anzupassen, dass diese einen Essensgeldzuschuss in Höhe von bis zu 55 € pro Kind und Monat erhalten.

einstimmig zugestimmt

**17 Pauschale Förderung des Vereins Sag's e.V. Langenfeld
Vorlage: VIII/1368**

Beschlussempfehlung

1. Die Stadt Monheim am Rhein fördert den Verein Sag's e.V. jährlich mit 40.000,- Euro. Die Verwaltung wird mit der Anpassung des bestehenden Vertrages mit dem Verein beauftragt.
2. Die Förderung ist in die zukünftige Haushaltsplanungen im Produkt 51.04/Familienunterstützung aufzunehmen.

einstimmig zugestimmt

**18 Satzung zur 2. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/1420**

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 2. Änderung der „Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007“ wird in der als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**19 Anlagerichtlinie Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/1421**

Protokoll:

Nach den Erläuterungen der Verwaltung bezieht sich der Sprecher der SPD-Fraktion auf die Möglichkeit der Anlage in Aktien. Hier gebe es Risiken und er empfiehlt daher, eine fachliche Beratung. Die Anlagerichtlinien seien insgesamt zu begrüßen.

Die Verwaltung erwidert, dass diese Richtlinie lediglich einen Rahmen vorgebe, der jedoch nicht ausgeschöpft werden müsse. Alle Anlagen würden, wie bisher

auch, mit größter Vorsicht und fachlicher Unterstützung erfolgen.

Auch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimme der Anlagerichtlinie zu, so der Sprecher der Fraktion. § 4 der Richtlinie beziehe sich auf die Liquiditätsreserve. Die dort genannte Formel zur Berechnung dieser Reserve führe dazu, dass bei einer Gewerbesteuereinnahme von 200 Mio. € und einem Gewerbesteuerhebesatz von 285% um 14 Mio. € höher sein müsse als bei einem Hebesatz von 300% und Gewerbesteuereinnahmen von 190 Mio. €. Der Betrag, der als Reserve dadurch mehr anzulegen sei, sei höher als die mehr erzielten Einnahmen. Das sei unter anderem ein Grund für den noch zu diskutierenden Antrag auf Beibehaltung des Gewerbesteuerhebesatzes bei 300%.

Der Bürgermeister erläutert, dass diese Formel auf der Gewerbesteuerkraft beruhe. Diese Gewerbesteuerkraft sei das Ergebnis aus tatsächlicher Gewerbesteuereinnahme mal fiktivem Hebesatz geteilt durch den tatsächlichen Hebesatz. Also die Gewerbesteuereinnahme normiert auf dem was eingenommen würde wenn der fiktive Landesdurchschnittshebesatz erhoben würde. Das sei das, was als Gewerbesteuerkraft bezeichnet würde. Davon würden 50% für die Liquiditätsreserve vorgesehen. Dies entspräche in etwa der Höhe der abzuführenden Umlagen. Nicht eingerechnet sei der Effekt, der sich dadurch ergebe, dass in Umlageverbänden der Finanzbedarf fix sei.

Auch sei zu berücksichtigen, dass die Gewerbesteuereinnahme nicht bei 200 Mio. bleiben werde. In der mittelfristigen Finanzplanung werde davon ausgegangen, dass es gelingt, weitere Gewerbesteuereinnahmen zu erzielen.

Die in § 11 genannten Beschränkungen seien noch unklar, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Es gebe die genannten Ausnahmen, in die nicht investiert werden dürfe, im letzten Satz jedoch sei erwähnt, dass bei einer Anlage in Form von Indizes diese Beschränkungen nicht gelten würden.

Dies sei dem Umstand geschuldet, dass bei Fonds nicht ausgeschlossen werden könne, dass ggf. einzelne Aktien unter die Ausnahmen fallen würden. Daher sei die Ausnahme sinnvoll, führt der Bürgermeister aus.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Erläuterung des § 10. Hier sei genannt, dass die Anlage in Euro erfolge, aber ein Währungsrisiko nicht ausgeschlossen werden könne.

Hier erfolge, beispielsweise bei der Anlage in Aktienfonds, möglicher Weise eine teilweise Anlage im Ausland. Dadurch entstehe ein Währungsrisiko, obwohl die Anlage insgesamt in Euro erfolge sei, erklärt der Bürgermeister.

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt die Anlagerichtlinie lt. beigefügter Anlage.
Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

20

Novellierung des ÖPNVG NRW - Neuverteilung der ÖPNV-Pauschale Vorlage: VIII/1404

Beschlussempfehlung

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein bekräftigt, dass die Aufgabe der

Bewirtschaftung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW auch ab dem Jahr 2014 auf den Zweckverband VRR übertragen ist (vgl. § 5 (2) Nr. 3 Zweckverbandssatzung).

2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, 20 % der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 (2) ÖPNVG NRW für eigene Zwecke zu beanspruchen. Die Verwendung der Mittel richtet sich nach den Vorgaben des ÖPNVG NRW und den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.
3. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, dass die verbleibenden Mittel in Höhe von 80 % der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 (2) ÖPNVG NRW vom Zweckverband VRR für Zwecke des ÖPNV mit Ausnahme des SPNV an öffentliche und private Verkehrsunternehmen, die den Gemeinschaftstarif nach § 5 (3) ÖPNVG NRW anwenden, für folgende Zwecke weiterzuleiten sind:

Alternative A:

Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV,

Alternative B:

Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif.

Alternative C

Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der investiven Fahrzeugförderung im ÖSPV.

4. Hinsichtlich der konkreten Festlegung für eine der Alternativen A – C entscheidet sich der Rat der Stadt Monheim am Rhein in Abstimmung mit der VRR AöR für das Jahr 2014 für die Alternative A (Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV).

Darüber hinaus ist der Rat der Stadt Monheim am Rhein damit einverstanden, dass der Bürgermeister erstmals für das Jahr 2015 jährlich über die konkrete Festlegung für eine der Alternativen A – C entscheidet.

einstimmig zugestimmt

21

Fairtrade Town Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/1428

Protokoll:

Die Sprecherin der FDP-Fraktion bittet um nähere Angaben zu der erwähnten Kostenfreiheit. Da beabsichtigt sei, eine Mitarbeiterin des Citymanagements zu involvieren, würden nach Ansicht der FDP-Fraktion zumindest Personalkosten anfallen. Möglicher Weise könnte dieses Ziel auch mit ehrenamtlichem Engagement erreicht werden. So könnten die personellen Kapazitäten auch weiterhin in vollem Umfang für das Citymanagement vorgehalten werden.

Die Formulierung, dass die Teilnahme der Stadt an der Kampagne kostenfrei sei

beziehe sich darauf, dass keine Mitgliedsbeiträge oder Zertifizierungsgebühren zu entrichten seien, erklärt der Bürgermeister. Der Einsatz des Fairtrade-Kaffees oder anderer Produkte würde höhere Kosten mit sich bringen. Diese Kosten könnten aus den laufenden Haushaltsmitteln bestritten werden. Die Veranschlagung eines Haushaltsansatzes sei daher entbehrlich. Der Personaleinsatz sei überschaubar, da hier bereits vorhandene Veranstaltungen und Arbeitskreise genutzt werden könnten. So sei bereits in der vergangenen Woche am „Runden Tisch Einzelhandel“ das Thema vorgestellt worden.

Die Sprecherin der Fraktion Peto merkt an, dass zu beachten sei, dass nicht ausschließlich Produkte die mit dem Fairtrade-Logo zertifiziert worden seien, angeschafft werden dürften. Ansonsten finde diese Maßnahme die volle Zustimmung der Fraktion Peto.

Die koordinierende Stelle erkenne auch andere Siegel an, führt die Verwaltung aus.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen begrüßen diesen Vorschlag.

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Titel „Fairtrade-Town“ anzustreben.
2. Es wird beschlossen, bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel (z.B. Zucker) zu verwenden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine lokale Steuerungsgruppe, die auf dem Weg zur „Fairtrade-Town“ die Aktivitäten vor Ort koordiniert, zu gründen und sich an dieser zu beteiligen.

einstimmig zugestimmt

22

Konzept zur Altstadtaktivierung Vorlage: VIII/1434

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt sei keine Vorlage erstellt worden, erläutert der Bürgermeister. Das Konzept wird anhand einer Powerpoint Präsentation, die auch allen Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses in Papierform zur Verfügung gestellt wurde, vorgestellt. Weiterhin macht er deutlich, dass zu den einzelnen Maßnahmen entsprechende Beschlussvorlagen erstellt und den entsprechenden Gremien zur Abstimmung vorgelegt werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ob in den Mietverträgen auch gleichzeitig die Verpflichtung für den Vermieter festgelegt würde, zu investieren
2. Sollte die SEG vollständig mit allen Rechten und Pflichten gegenüber dem „Untermieter“ auftreten oder habe die SEG lediglich die Funktion eines Vermittlers?

Die Verwaltung antwortet:

1. Bedingungen könnten seitens der SEG nicht gestellt werden. Über die notwendigen Investitionen würde vor Abschluss des Untermietvertrages aber verhandelt.
2. Die SEG trete als Hauptmieter auf und gebe diese Ladenlokale als Untermietverhältnis weiter an entsprechende Gewerbetreibende.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das Konzept zustimmend zur Kenntnis.

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Die Sitzung wird für die Zeit von 18:03 Uhr bis 18:18 Uhr unterbrochen.

23

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014

Vorlage: VIII/1396

Protokoll:

Der Bürgermeister schlägt die folgende Vorgehensweise vor:

1. Beratung der Produkte, die noch nicht Bestandteil der Haushaltsberatungen der Fachausschüsse waren (00, 10, 20, 71, 90)
2. Beratung der Anträge bei dem jeweiligen Produkt
3. Beratung des Investitionshaushaltes
4. Beratung der Online-Bürgerbeteiligung
5. Beratung der Änderungsliste

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

Produkthaushalt

71.01

Der Bürgermeister weist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hin, der als Tischvorlage verteilt wurde.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert den Antrag zur Konzepterstellung in Bezug auf den Neubau des Kulturzentrums.

Hier sei kein Handlungszwang zu erkennen, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an. Es wäre sinnvoll, ein Ziel zu vereinbaren, hier zunächst zu ermitteln, ob zum Erhalt der Bausubstanz oder zur möglichen Verbesserung Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Auch der Bürgermeister sieht in Bezug auf das Bildungs- und Kulturzentrum keine Priorität. Derzeit seien andere Baumaßnahmen wichtiger. Lediglich die bereits beschlossene Schaffung der Barrierefreiheit sei notwendig. Im Hinblick auf die umfangreich anstehenden anderen Baumaßnahmen seien auch die personellen Kapazitäten nicht vorhanden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass diese Frage bereits im Vorfeld in den Beratungen zum Neubau der Musikschule diskutiert und abgelehnt worden sei. Zu empfehlen sei eine weitergehende als die bisher beschlossene Prüfung im Hinblick auf die Barrierefreiheit, Ermittlung des Veränderungsbedarfs und der dazugehörenden Kosten.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion schließt sich der Äußerung der SPD-Fraktion an.

Die Fraktion Peto lehne diesen Antrag ab, so die Sprecherin der Fraktion. Die bereits beschlossenen Maßnahmen im Hinblick auf die Barrierefreiheit sollten so durchgeführt werden.

Die Maßnahmen zur Barrierefreiheit, insbesondere die Installation der Aufzuganlagen, seien genehmigungspflichtige Maßnahmen, die automatisch ein Baugenehmigungsverfahren nach sich ziehen würden, erläutert die Verwaltung. In diesem Rahmen müssten verschiedene Dinge geprüft und vorgelegt werden, wie z. B. ein Brandschutzkonzept. Daraus würden sich zwangsläufig einige, nicht unerhebliche, bauliche Veränderungen ergeben. Durch dieses Verfahren würde bereits eine umfangreiche Prüfung vorgenommen.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ändert den Antrag wie folgt ab:

Im Haushaltsplan 2014 wird ein Ansatz in Höhe von 30.000 € für eine Machbarkeitsstudie mit Kostendarstellung bzw. Wirtschaftlichkeitsberechnung einschließlich Folgekostenbetrachtung für den Neubau eines Kulturzentrums am Berliner Ring im Vergleich zur grundhaften Sanierung bzw. zu den zur Herstellung der Barrierefreiheit resultierenden Folgekosten eingestellt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung:

Mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Zielvereinbarung wird zur Abstimmung gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den politischen Gremien bis spätestens 2015 Sanierungsmaßnahmen für das Bildungs- und Kulturzentrum vorzulegen und dabei die im Inklusionskonzept abgestimmten Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu berücksichtigen.

Einstimmig zugestimmt

90.00

Der Bürgermeister weist auf die beiden vorliegenden Anträge zu diesem Produkt hin.

Antrag der CDU-Fraktion auf Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B

Der Sprecher der CDU-Fraktion erläutert den Antrag und ändert ihn dahingehend ab, dass eine Senkung der Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 385% beantragt würde. Dies entspräche der damaligen Erhöhung für die Mehrbelastung für den Deichbau.

Durch diese Senkung würden Mindereinnahmen in Höhe von 270.000 € pro Jahr entstehen, erklärt der Bürgermeister und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Einstimmig zugestimmt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beibehaltung des derzeitigen Hebesatzes für die Gewerbesteuer bei 300%

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt den Antrag aus.

Es bestehe, entgegen der Auffassung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein Risiko, wenn der Hebesatz nicht gesenkt würde, erklärt der Bürgermeister. Diese Maßnahme sei notwendig, um den Gewerbetreibenden die Ungewissheit zu nehmen und ein Signal zu setzen.

Die Sprecher der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Peto schließen sich den Ausführungen der Verwaltung an und lehnen den Antrag ab.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Änderungsliste

Der Bürgermeister weist im Zusammenhang mit der Änderungsliste auf folgende Maßnahmen hin:

Mit der Einladung wurde ein Vermerk des Bereichs 60 zur Verfügung gestellt, der 3 Punkte für die Änderungsliste enthalte:

- Landschaftspark Rheinbogen,
- Parkplatz Rheinstadion,
- Revitalisierung der Altstadtplätze.

Weiterhin weist der Bürgermeister auf einen noch nicht enthaltenen Förderantrag hin, der ursprünglich an die Sparkassenstiftung gerichtet worden aber zu spät eingegangen sei:

Es sei seitens des Marienkapellenvereins ein Antrag auf einen Zuschuss gestellt worden. Im Jahr 2014 begehe der Verein das 500jährige Bestehen der Marienkapelle, wofür eine große Veranstaltung geplant sei. Diese solle mit 5.000 € bezuschusst werden.

Ein weiterer, letzter Punkt seien Mittel für Defibrillatoren. Es sei geplant, 28 Geräte zu einem Preis von 1.000 € anzuschaffen um städtische Einrichtungen auszustatten.

Der Sprecher der FDP-Fraktion beantragt, Ziffer 3 des Beschlussvorschlages getrennt von den ersten beiden Punkten abzustimmen.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont, dass der Haushalt volle Zustimmung seiner Fraktion finde. Die Ablehnung erfolge lediglich, da die beiden eingebrachten Anträge abgelehnt worden seien.

Beschlussempfehlung

Der Bürgermeister stellt die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung:

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2014 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung 2014 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Bereiche ist als verbindlich anzusehen (Anlage 3).

Mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 Bündnis 90/Die Grünen, enthalten: 1 FDP)

Ziffer 3 des Beschlussvorschlages wird abgestimmt:

3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 11.11.2013 zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen (Anlage 5).

Einstimmig zugestimmt

24 Mündliche Mitteilungen

24.1 Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Protokoll:

Die Verwaltung weist auf die im Vorgriff auf die kommende Ratssitzung zur Verfügung gestellte Vorlage VIII/1439 hin und erläutert die vorgeschlagenen Änderungen der Vergnügungssteuersatzung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezieht sich auf § 1 Abs. 1 Buchstabe c) und bittet um Angabe, ob die dort genannten Apparate nicht gänzlich verboten werden könnten.

Die Verwaltung wird diese Frage bis zur Ratssitzung beantworten.

Die Auswirkungen für die Aufsteller seien hier von Interesse, so die Sprecherin der SPD-Fraktion.

Der Bürgermeister führt aus, dass bisher auf 1 € des Einspielergebnisses 16%

Vergnügungssteuer entfallen seien. Nun werde der Einwurf von 4,50 € mit 4,5% bis 5,5% besteuert. Teile man die bisherige Steuer von 16% durch 4,5, so ergäben sich 3,5%. Nun werde die Steuer auf bis zu 5,5% erhöht.

25 Mündliche Anfragen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin